



Hans-Peter Keitel wurde 1947 in Kusel geboren. 1966–1971 Studium Bauingenieurwesen an der Universität Stuttgart (TH). 1975 Promotion am Institut für Tunnelbau und Baubetriebswissenschaft, Technische Universität München. Danach verschiedene Positionen in der Bauwirtschaft. 1988 HOCHTIEF AG, Essen; 1990–1992 Mitglied des Vorstands, 1992–2007 Vorsitzender des Vorstands, 1992–1999 Mitglied des Vorstands der Muttergesellschaft RWE AG. Seit 1.1.2009 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Mitglied im Präsidium von BUSINESSEUROPE.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

„In Deutschland investieren“

Wenn ich diesen Hörsaal sehe und vergleiche mit dem, in dem ich meine Berliner Studenten in der Technischen Universität betreuen darf, dann bin ich doch zutiefst beeindruckt. Herzliche Gratulation zu dem, was hier geschaffen worden ist.

Der Titel meiner Rede heute Abend heißt „In Deutschland investieren“. Als wir uns verabredeten, konnte niemand wissen, dass gestern der europäische Gipfel war – so was weiß man nicht einmal, wenn man lange genug vorausdenkt. Jedenfalls kann nicht sein, dass ich heute einfach nur etwas zu „In Deutschland investieren“ sage, ohne darauf einzugehen, wie wir die Dinge um den Euro in Europa sehen.

Wir reden in dieser Zeit dauernd von der Krise. Dabei sollten wir uns immer wieder fragen, welche Krise das denn eigentlich ist. Und da müsste ich aus meiner Sicht und der des BDI zunächst mal mit der Frage beginnen, ob es eine Krise der Realwirtschaft ist. Denn wir sind die Vertreter der Industrie, der Realwirtschaft, und ich muss sagen: NEIN, es gibt derzeit keine Krise der Realwirtschaft. Und wir sollten uns hüten, eine Krise herbeizureden. Nun muss man aber sagen, es gibt noch keine Krise der Realwirtschaft. Denn wenn wir die Prognosen der Wirtschaftsforschungs-Institute im Moment lesen, wissen wir, dass sie bereits vor einer Vollbremsung warnen. Es wird konstatiert, dass die Auftragseingänge in diesen Tagen zurückgehen. Daher ist es ganz wichtig, dass wir uns deutlich machen, dass es aus der Wirtschaft selbst keinen Grund gibt, warum wir in eine Rezession fahren sollten.

Es gibt aber durchaus Probleme in der Gesamtwirtschaft, die als drohende Wolke über uns hängen. Nun ist ja Deutschland viel besser als andere Länder um uns herum aus dieser Krise gefahren. Jetzt kann man sagen, wir waren ja auch tiefer drin, also kein Wunder, dass man schneller rauskommt. Nein, der Grund ist unser Wirtschaftsmodell, von dem andere behauptet haben, es sei völlig unmodern: ein industriegestütztes Wirtschaftsmodell. Wir haben unter Beweis gestellt, dass es funktionsfähig ist, dass es moderner ist als vieles, was andere sich als modern vorgestellt haben. Und dann ist es natürlich schon bedauerlich, wenn sich der Himmel wieder verdüstert – eben wieder nicht aus realwirtschaftlichen Gründen, sondern weil es wieder die Fiskal- und Finanzwirtschaft ist. Und weil die Realwirtschaft wieder in Situationen kommen könnte, letzten Endes nach einem Wolkenbruch aus diesen großen düsteren Wolken über uns, dann die Aufräumarbeiten zu erledigen. Das muss nicht sein.

Man darf aber und muss immer wieder darauf hinweisen, dass eben nicht die Realwirtschaft Auslöser der Krise 2008 noch der Fortsetzung in diesen Tagen ist, sondern ihr Opfer: ein Opfer einer Verschuldungs- und Finanzkrise. Ich sage aber im gleichen Zusammenhang, wir brauchen gerade in Deutschland starke Banken. Es kann nicht sein, dass wir uns in die Realwirtschaft und die Finanzwirtschaft auseinanderdividieren lassen. Jawohl, wir brauchen die starken Banken. Wie wollten wir denn unsere weltweiten Aufgaben sonst erledigen?

Wir brauchen aber eine Finanzwirtschaft, die sich zuallererst den originären Aufgaben zuwendet, den partnerschaftlichen Aufgaben im Hinblick auf die Realwirtschaft, nämlich die Wirtschaft im Geldkreislauf zu versorgen. Und hier könnte ich jetzt Vertreter der Banken zitieren, die das auch nicht anders sehen in diesen Tagen. Die Finanzwirtschaft muss sich bewusst machen, warum wir es sind, die produzierenden Unternehmen, die man mit dem Begriff Realwirtschaft belegt. Wir brauchen eine vernünftige und bessere Regulierung dieser Finanzmärkte, die auf diesem Punkt aufsetzt, nämlich eine Versorgung der Realwirtschaft sicherzustellen.

Das heißt, wir müssen Finanzmarktregeln haben, die dieses klassische Geschäft attraktiver machen als Transaktionen, die keine realwirtschaftliche Grundlage haben. Transaktionen, die keine eigene Wertschöpfung haben und die in der Regel zulasten Dritter gehen. Man kann es doch keiner einzelnen Bank vorwerfen, dass sie sich auf Geschäfte konzentriert, mit denen sie Geld verdient. Also müssen wir dafür sorgen, dass das Geldverdienen an der Stelle attraktiv wird, wo es der Wirtschaft auch tatsächlich nutzt, wo es diese realwirtschaftliche Verknüpfung gibt.

Wir müssen auch deutlich sagen, weder die Industrie noch der Staat dürfen die Banken als „Staatsfeind Nr. 1“ erklären. Wir müssen in aller Deutlichkeit sagen, die jetzige Krise ist keine Krise der Banken, sondern sie ist eine Krise der öffentlichen Verschuldung. Wir wissen, dass viele Entwicklungen auch im Finanzsektor auf Regulierung oder besser gesagt Deregulierung im öffentlichen Bereich zurückgehen. Wir können jetzt den Schwarzen Peter hin und her schieben, aber wir müssen auch deutlich sagen: Jawohl, wir haben auch Deregulierung gewollt. Dann müssen wir uns jetzt einfach dazu bekennen, genau zu analysieren, wo wir stehen und wie viel wir jetzt gemeinsam nachsteuern.

Die Krise ist keine Krise der Realwirtschaft, sie ist aber auch keine Krise des Euro. Das wird am Euro deutlich. Es wäre auch ein immenser Schaden, wenn wir heute uns in die Richtung bewegen würden zu sagen: Das war nichts mit dem Euro, also geben wir ihn auf.

Wir alle kennen die tiefe Verflechtung in der Wirtschaft, nicht nur weltweit, sondern insbesondere mit unseren Nachbarn. Fast die Hälfte unseres Exports geht in den Euro-Raum. Nun kenne ich natürlich das Argument, dass es das mit der D-Mark auch gegeben hätte. Keiner kann das widerlegen, weil wir nicht beides gleichzeitig probiert haben. Und deshalb bin ich auch gar nicht derjenige, der in erster Linie sich hinstellt und sagt, den Euro müssen wir behalten, weil wir Deutschen am allermeisten davon profitiert haben.

Ich glaube, wenn wir europäisch argumentieren, dann muss an allererster Stelle ein politisches Bekenntnis zu Europa stehen. Wir in Deutschland haben unsere Position nach der Katastrophe des Krieges gefunden, weil wir uns in die Westbindung mit allem, was sie bedeutet hat, begeben haben; weil wir verlässliche Partner im Westen haben und andere Optionen aufgegeben haben. Wir haben die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit erreicht, weil wir bereit waren, uns in diesen europäischen Kontext zu stellen. Es ist jetzt nicht die Zeit, in Europa zu fragen, wer Schuld hat. Es geht aber auch nicht um falsche Verbrüderung oder Brüderschaft. Es geht aus meiner Sicht darum, dass wir die Solidarität praktizieren, die andere praktiziert haben, als wir in schwierigen Situationen waren. Und das ist eine Solidarität, die es nicht zum Nulltarif gibt. Nein, diese Solidarität wird auch von uns Opfer erfordern. Denn Europa hat ökonomisch und politisch nur gemeinsam eine Chance.

Wir stehen nicht am Anfang eines Euro-Projekts, sondern wir sind mittendrin. Und es gibt nur zwei Möglichkeiten: nach vorn oder zurück. Doch den Weg zurück sehe ich nicht. Deshalb müssen wir nach vorn

gehen, ich glaube, das muss die Grundlage sein. Wenn wir gemeinsam nach vorn gehen, dann muss es eine Investition sein in unsere gemeinsame Zukunft.

Und dann wissen wir als Unternehmer sehr genau, was es heißt, Investitionen dann auch zu kontrollieren, zu gestalten, zu begleiten und dafür zu sorgen, dass sie zum Erfolg werden. Denn diese Investitionen können nur dann erfolgreich sein, wenn wir wissen, wo es insgesamt mittel- und langfristig hingehen soll. Ich habe einen guten Satz dazu gehört: Wir können, wenn es draußen regnet und die Sicht erschwert ist, einfach die Nebellampen anknipsen und versuchen, den Weg zu finden. Es wäre aber gut, wenn wir in unserem Navigationssystem zusätzlich eingeben, wo wir eigentlich hinwollen. Das ist die Situation, in der wir im Moment sind. Sich zunächst von Tag zu Tag heranzutasten ist wahrscheinlich ein Gebot der Stunde, weil wir die langfristige Lösung nicht sofort umsetzen können. Aber wir sollten schnell sagen, wo das Ganze hinführt.

Ich will einen Versuch machen zu beschreiben, wie wir das in zwei Ländern sehen, die uns beschäftigen: Das eine ist Griechenland. Griechenland steckt in der wahrscheinlich größten Krise seiner Neuzeit. Das Land hat gewaltige Probleme. Probleme, die man allerdings nicht mit Gewalt bewältigen kann. Und bevor wir Griechenland die Hand reichen, sollen wir am Anfang deutlich und klar machen: Griechenland hat sich den Eintritt in den Euro bewusst durch Betrug erkämpft. Das war kein Zufall. Das war kein Verkehrsunfall. Und Griechenland hat alles dazu getan, die wahren Verhältnisse über die ganze Wahrheit zu verschleiern.

Genauso wahr ist, dass dieser Betrug bekannt war, als Griechenland angetreten ist; und dass wir die ganze Zeit die Möglichkeit gehabt hätten, andere Informationen aus Griechenland zu bekommen. Wir haben aber die Augen verschlossen. Und das gilt für Staaten, für Europa, für Brüssel, und das gilt genauso für Banken – auch denen, die heute sagen: Das haben wir alles nicht gewusst. Aber genau hinzugucken, was Staatsanleihen letzten Endes bedeuten, wäre so ganz falsch auch nicht gewesen. Nun muss man auch überlegen, was man denn Griechenland heute abverlangen kann. Es wäre einfach scheinheilig zu sagen: Jetzt muss Griechenland konsolidieren, die gesamte Verwaltung reformieren, dafür sorgen, dass Steuern eingenommen werden, und dann muss in kürzester Zeit eine Privatisierung erfolgen, die so ca. 1,7 Milliarden bringen soll. Denn das kann Griechenland nicht. Wie denn?

Sie haben vorhin den Flughafen Hamburg erwähnt. Das waren sehr professionelle Verhandlungen. Ich erinnere mich an diese Verhandlungen sehr gern. Das war etwas völlig anderes als der Flughafen Athen. Ich habe vier Jahre lang mit Athen verhandelt, mit beiden Seiten der Politik, weil zuerst die Konservativen und dann die Pasok-Partei an der Regierung waren. Wir haben vier Jahre verhandelt. Und dann haben wir ein Projekt realisiert, bei dem ausländische Fachleute die Privatisierung in die Hand genommen haben. Wie soll Athen in einem halben Jahr für 1,7 Milliarden Euro Privatisierung durchführen? Das ist völlig illusorisch. Das heißt, wir müssen heute in dieser Situation sehen, wie wir über eine Entschuldung, Umschuldung, wie immer wir das benennen, mit Griechenland reden. Auch diese Situation, die wir jetzt erreicht haben, die haben wir doch schon seit Monaten auf uns zukommen sehen. Also nehmen wir es doch bitte als Aufgabe, die schwierig genug ist, die wir lösen müssen, aber laden wir nicht alles auf Griechenland ab.

Ich werbe dafür, immer wieder zu sagen: Griechenland kann das allein nicht. Wir müssen Griechenland helfen. Griechenland ist kein Unternehmen. Wenn ein Unternehmen in die Insolvenz geht, dann überlegt man zusammen mit dem Konkursverwalter, was verwertbar ist. Soll

man das Unternehmen weiterführen, oder lassen wir es zur Not einfach verschwinden? Am Ende der Operation wird Griechenland nicht von der Landkarte verschwunden sein.

Uns kann nicht daran gelegen sein, dass wir die Diskussion, die wir in den letzten Monaten geführt haben mit Griechenland, in zwei Jahren wieder führen. Denn wir reden im Moment über Liquiditätsprobleme und nicht über Insolvenzprobleme. Aus der Umschuldung ist die Insolvenz nicht lösbar, sondern Griechenland braucht einen Business-Plan. Griechenland muss eine Wirtschaft haben, die in spätestens zehn Jahren funktionsfähig ist. Wenn wir das nicht lösen, dann sind wir in zwei Jahren genau wieder an derselben Stelle wie heute.

Das ist die Aufgabe, die wir uns vorgenommen haben. Dass wir Griechenland helfen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen für erhaltendes Wachstum. Es wird hier in der Öffentlichkeit manchmal so ein bisschen kolportiert: Da fährt der Minister Rösler nach Griechenland und erzählt den Griechen, dass wir jetzt alle investieren. Das ist unfair. Wir müssen es schaffen, in Griechenland das Vertrauen zu vermitteln, dass dieses Land in einer Situation, in der es alleine nicht zu-rechtkommen kann, nicht alleine dasteht. Es kommt darauf an, einen Konsens zu finden, was an Investitionsbedingungen geschaffen werden muss. An dem Punkt stehen wir nämlich: Kein Mensch geht dahin im Moment, um zu investieren, sondern um zu überlegen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Es ist unfair, wenn man sagt, da werde im Moment ein bisschen Theater gespielt. So ist es nicht.

Wir haben den Griechen eindeutig gesagt, am BDI-Tag der Deutschen Industrie war Ministerpräsident Papandreou ja da: Es wird nur gelingen, Vertrauen wiederherzustellen, wenn ihr alle bestehenden Probleme mit Investoren löst. Denn es gibt genügend deutsche Unternehmen, die nach wie vor aus Griechenland viel Geld zu kriegen haben. Und es wird auch nur gelingen, wenn ihr transparenter werdet. Ich will das gar nicht im Einzelnen ausführen, aber jeder weiß, dass in Griechenland Corporate Governance relativ fremd ist. Und es wird auch nur dann gelingen, wenn die deutschen Investoren, die ins Land fahren, nicht an der Grenze die griechischen Investoren sehen, die ihnen entgegenkommen und gerade ihre Vermögen ins Ausland bringen.

Wir haben bitterböse Briefe gekriegt aus Griechenland, es sei alles Lug und Trug und sie seien große Patrioten. Diese Diskrepanz muss aufgelöst werden. Dann gäbe es Licht in Griechenland. Ministerpräsident Papandreou hat gesagt: Wir wünschen uns nicht nur Ratschläge. Wir wünschen uns auch Respekt. Wir haben Streik. Und ihr habt recht, wenn ihr sagt, die Bürger müssten sich einschränken und sie müssten das auch wollen. Aber macht euch klar, was die Einschnitte in Deutschland in der Größenordnung bedeuten würden – und fragt euch, was dann in Deutschland los wäre.

Ein zweites Land, und da liegt mir auch viel dran, ist Italien. Fundamental steht es im Gegensatz zu Griechenland, Italien kann seine Probleme nämlich alleine lösen, wenn es nur will. Wir waren in der vergangenen Woche zum Deutsch-Italienischen Unternehmertag in Bozen. Die italienischen Unternehmen haben uns händeringend gebeten: Macht so viel Druck wie möglich, wir stehen bereit, in unserem Land Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen, dass unsere Politik uns dabei hilft.

Wir brauchen ein Ende dieses Polit-Zirkus. Und auch hier geht es wieder nicht um Einmischung in Italien, sondern wir wissen, dass die Verhältnisse in Süd-Italien, die wir uns ja gar nicht beim Namen zu nennen trauen, auch hier in Deutschland ihre Rückwirkungen haben, denn wir haben keine Grenzen mehr.

Ich glaube, das hat auch der Gipfel gezeigt, dass Klartext weiterführt. Übrigens auch in Berlin und Paris. Ich will nur ein Beispiel nennen. Wer es aufmerksam verfolgt hat, weiß ja, dass vor Kurzem Präsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel zusammen dafür geworben haben, Schuldenbremsen in die Verfassung einzuführen. In Deutschland ist es so weit. Herr Sarkozy ist nach Hause gefahren und hat für Frankreich verkündet, es wird nicht gemacht, jedenfalls nicht vor der Wahl im nächsten Jahr. Auch da muss man fragen, was wir von solchen Manövern halten sollen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir müssen, wenn wir uns auf diese kurzfristigen Rettungsaktionen eingelassen haben, auch sagen, was langfristig geht. Und hier haben diese Tage sehr deutlich gezeigt, dass die Strukturen – die Geschwindigkeit, in der reagiert wird – zwischen Politik und Markt auf Dauer nicht zusammenpassen. Es ist völlig ausgeschlossen, dass in 17 Ländern 17 Regierungen und 17 Parlamente und unterschiedliche Parteien, und das auch noch wechselnd zu unterschiedlichen Wahlterminen, diese Dinge auf Dauer bewältigen.

Deshalb haben wir im BDI einen Zwölf-Punkte-Plan entwickelt: „Ein neuer Vertrag für den Euro“. Es ist ein Plan, wie wir Vertrauen zurückgewinnen, auch das der Märkte, wie wir unabhängige Institutionen schaffen, die die Einhaltung der Regeln garantieren. Es ist kein Misstrauen gegen die Politik oder Politiker in Person, sondern gegen das System, was nicht mehr so reagieren kann, wie es erforderlich ist. Wir haben ja den EFSF, wir werden in Kürze die Weiterentwicklung des ESM haben. Wir sind der Meinung, dass wir über diese Regeln hinaus, die kurzfristig politisch orientiert sind, unabhängige Institutionen brauchen, die auf Dauer diese Instrumente weiterentwickeln.

Ich will nur noch einen Satz sagen zu der Lösung, die gestern diskutiert worden ist: Ich urteile nicht ganz so negativ über das, was in Brüssel und in den einzelnen regierenden Ländern in den letzten Tagen und Wochen geleistet worden ist. Ich glaube, wir machen uns alle nur unvollkommene Vorstellungen davon, welchen auch körperlichen Stress es bedeutet, in diesen Tagen an entscheidender Stelle diese Verhandlungen zu führen. Die Politik kommt nicht mehr zum Nachdenken. Die Politik steht Stunde für Stunde unter Handlungsdruck. Und es geht um Probleme, die nicht mehr für jeden zu durchschauen sind. Das weiß jeder, der die Dinge in den letzten Wochen verfolgt hat. Man muss sich das sehr deutlich machen.

Erreicht wurde, dass es wenigstens eine Grenze bei diesem Fonds gibt, was das Volumen anbetrifft. Eine Lösung wird gesucht, wie privates Kapital in Zukunft wieder mobilisiert werden kann durch die sogenannte Versicherungslösung, die wohl die nächstliegende ist. Das ist etwas, was im BDI zusammen mit Finanzfachleuten lange Zeit entwickelt und weitergetrieben worden ist.

Ich glaube, dass wir damit auf keinem ganz schlechten Weg sind. Es geht jetzt darum, nach vorn zu sehen, eine Lösung zu finden. Wir brauchen, das will ich noch mal sagen, aus unserer Sicht eine Institution, ich nenne sie jetzt einfach mal Europäischer Währungsfonds. Aber wir brauchen eine Institution ähnlich dem Internationalen Währungsfonds, der Automatismen garantiert, der so strukturiert wird, dass die Strukturen, die Stabilitäts-Mechanismen, die Abstimmungsmechanismen, dass das alles zusammenpasst. Aber dann muss man diesen Fonds alleine lassen, der dann für diese Stabilitäts-Kriterien automatisch sorgt. Es geht nicht, dass ein großes Land daherkommt wie Deutschland oder Frankreich und sagt: Für uns gilt das nicht. Es gehört auch eine Insolvenz-Ordnung für Staaten dazu. Und dieser Fonds muss in der Lage sein, Ländern, die in die Bredouille kommen, in ähnlicher Form, wie es gerade beschlossen

ist, Hilfe zu gewähren; Hilfe aber eindeutig für die Gegenleistung, dass dann ein Teil der Souveränität wenigstens vorübergehend abgegeben werden muss. Wir dürfen nicht in eine Haftungsunion laufen. Und wir dürfen nicht dahin kommen, dass die Europäische Zentralbank auf Dauer diese finanzpolitischen Aufgaben übernimmt.

Ich habe vor 14 Tagen mit Christine Lagarde gesprochen. Es war ihr ein Anliegen, Europa zu signalisieren: Ihr dürft nicht immer den Internationalen Währungsfonds zu Hilfe rufen, ich stehe doch unter dem Druck von ganz anderen Staaten. Ich bin nicht die französische Finanzministerin oder Abgesandte der Europäer. Die Brasilianer, die Chinesen, die Inder, alle machen Druck und sagen: Ihr könnt nicht einfach nur Europa helfen. Und wenn, dann bitte zu Konditionen, die auch mal gegolten haben, als es eine Asien-Krise gab oder eine Lateinamerika-Krise.

Wir müssen dringend eine Institution haben im Euro-Raum, mit der wir uns selbst aus dieser Krise helfen. Und eine Institution, die mithilft – unabhängig von der Tagespolitik. Es ist wichtig, dass die Regierungen die Politik aus diesen Institutionen herauslassen.

Ich will das Thema verlassen und zurückkommen zum Industrieland Deutschland und konstatieren, dass wir im Moment wahrhaft keine schlechte Situation haben. Es geht nicht um die Frage, ob wir dieses Jahr wieder 3% Wachstum schaffen oder nächstes Jahr 1,8% oder 2% oder 1,0%. Das ist wichtig, aber ich glaube, das ist nicht das Allerwichtigste. Für mich ist im Moment die wichtigste Zahl, dass wir so viele Menschen in Brot und Arbeit haben wie noch nie – 41 Millionen. Und dass wir eine Arbeitslosigkeit haben, die praktisch halbiert ist seit 4, 5 Jahren. Und dass wir damit Spielräume auch in den Sozialhaushalten und im Gesamt-Haushalt schaffen, dass wir Mehreinnahmen bei den Steuern schaffen, die auch der Politik Spielraum eröffnen, in die Konsolidierung in Deutschland noch mehr zu investieren.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass – ich komme noch mal darauf zurück – wir in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unsere primäre Aufgabe zu bewältigen haben. Es gab Enttäuschung über die Regierung. Es gab natürlich auch eine hohe Erwartung an diese Koalition, höher als vielleicht an andere Konstellationen. Die Halbzeitbilanz ist nicht gut.

Nun muss man konzedieren: Kein Mensch konnte diese Finanzkrise erahnen, kein Mensch konnte Fukushima erahnen, aber es gibt eine ganze Menge von Bereichen, in denen die Politik deutlich hinter dem geblieben ist, was wir realistischerweise erwartet haben. Das gilt beispielsweise für die Forschungspolitik, Bildungspolitik, das gilt für die Frage der qualifizierten Zuwanderung. Das gilt auch für die Fragen der demografischen Entwicklung. Ich will die Horrorzahlen der tatsächlichen Verschuldung Deutschlands, wenn man all das mit einbezieht, was die Schattenhaushalte beinhalten, gar nicht in den Raum stellen. Wir wissen, dass die demografische Entwicklung all die Herausforderungen, die wir heute bei der Konsolidierung der Staatshaushalte vor uns haben, noch in den Schatten stellt.

Ich will nur zwei Punkte gesondert herausgreifen: Steuern und Energie. Wir brauchen dringend in Deutschland eine Steuer-Diskussion. Wir brauchen eine Diskussion, die in die Substanz geht. Und wenn ich Herrn Steinbrück sehe, dann würde ich ihn gern fragen: Lieber Herr Steinbrück, warum haben Sie denn zu Ihrer Amtszeit die Besteuerung von Kosten eingeführt? Können wir nicht wenigstens das zurückdrehen? Können wir nicht endlich wieder dahin kommen, dass wir Steuern auf das bezahlen, was wir verdienen?

Wenn wir heute diskutieren, ob sechs Milliarden Euro Entlastung, die zwei Minister zusammen angekündigt haben, gehen oder nicht, dann verstehe ich überhaupt nicht, warum wir diese Diskussion führen. Natur-

lich ist der sogenannte Mittelstandsbauch, die kalte Progression, etwas, was wir lösen müssen. Aber hier gibt es andere Prioritäten. Ich glaube, dass wir in der Unternehmensbesteuerung, in der Substanzbesteuerung ein wesentlich dringenderes Thema haben.

Wir müssen auch sehen, dass die Vorschläge, die jetzt von anderen auf dem Tisch liegen, nicht wieder Urstände feiern, sondern dass wir wieder die Themen Spitzensteuersatz, Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer diskutieren. Sie betreffen genau diejenigen, die im Moment dafür sorgen, dass wir Wachstum in Deutschland haben: nämlich die mittelständischen Unternehmen, insbesondere die Familienunternehmen. Und ich darf das sagen, weil ich vorhin ein anderes Gespräch hier in Hamburg geführt habe: Es hilft auch nichts, von dieser Stelle freiwillige Angebote zu machen, mehr Steuern bezahlen zu wollen. So ehrenhaft das für Einzelne sein mag, die Kollateral-Schäden sind ungeheuer. Wer freiwillig anbietet, mehr Steuern zahlen zu wollen, sollte immer darüber nachdenken, dass dieser Steuersatz dann für alle ab € 65.000,00 im Jahr gilt. In der Steuer-Diskussion sollten wir uns insbesondere auf die Strukturen stürzen.

Zweiter Punkt – Energie-Politik: Fukushima – das war vor einem halben Jahr, und es war klar, dass wir nach Fukushima nicht zur Tagesordnung übergehen konnten. Und ich will Ihnen ganz kurz die Dramatik der Diskussionen im Unternehmerlager an dem Wochenende schildern, als in Deutschland darüber nachgedacht werden musste, aus der Kernkraft auszusteigen. Da sitzen dann 40, 50 Unternehmensvertreter im BDI, denn wir hatten unsere Präsidiumssitzung. Alle haben eine dezidierte Meinung zur Kernkraft, jeder seine. Das ist nicht eine einheitliche Meinung. Und dann platzt die Nachricht hinein, es könnte sein, dass wir früher aus der Kernkraft aussteigen. Die klassische Reaktion war natürlich auch an diesem Tag, sofort dafür zu werben, dass wir aus der Kernkraft nicht aussteigen. Und es war dann auch sehr schnell in der Diskussion deutlich: Es gibt keine Industrie in Deutschland, die sich gegen einen gesellschaftlichen Konsens wendet.

Es ist eines eindeutig in Deutschland: Es gibt einen überwiegenden Konsens gegen Kernkraft. Wir haben uns entschieden, wir sind für das Moratorium. Weil das Moratorium uns die Chance eröffnet hätte, und ich sage hätte, weil es ja nicht so gekommen ist, mit Vernunft und ohne Reduktion über diese Frage des Ausstiegs nachzudenken. Es ist nicht so verhandelt worden, wie wir uns das vorgestellt haben, aber eines, glaube ich, haben wir an Problematik deutlich machen können: Es gibt kein Projekt dieser Größenordnung und Komplexität, was man über 10 Jahre fix planen kann, und dann geht das genauso aus, wie man sich das vorher vorgestellt hat.

Die Ausgangslage ist unklar, weil die Alternativen unglaublich anspruchsvoll sind und Technologien voraussetzen, die wir heute noch nicht haben. Und die einen Konsens in der Bevölkerung, eine Zustimmung in hohem Maße, voraussetzen. Deshalb können wir nicht sagen: In zehn Jahren sind wir da und dort, und das wird das und das kosten. Wenn wir in Deutschland Industriestandort bleiben wollen mit Energie-Preisen, die bezahlbar sind, Energie-Preisen, die ja heute bereits zur Hälfte etwa politisch bedingt sind; wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen wollen in neue Technologie und alte Technologie und erkennen, dass ein Großteil unseres Erfolges unserer Industrie darauf beruht, dass wir geschlossene Wertschöpfungsketten in Deutschland haben – von den klassischen Grundstoffindustrien bis in die Hochtechnologien; wenn wir das alles behalten und erreichen wollen, dann müssen wir die Chance haben, dieses Energie-Projekt immer so zu steuern, dass wir die notwendigen Rahmenbedingungen einhalten.

Das ist der Grund, warum wir ein kleines bisschen stolz sind, dass wir der Politik vermitteln konnten, dass wir ein Monitoring des gesamten Prozesses brauchen – und nicht etwa jetzt Beschlüsse für die gesamte Zeit. Hier sind wir allerdings nicht an dem Punkt, den wir erreichen wollten. Denn das Monitoring ist im Moment zwar von der Politik akzeptiert, gerade jetzt eben auch eingeführt, aber wir wollen, dass es unabhängig und nach einem klaren Kriterien-Katalog erfolgt und dass es Gesetzes-Charakter hat.

Wir können uns noch ein paar anderen Fragen zuwenden: Wer soll denn das Ganze eigentlich stemmen? Sind wir jetzt auf dem Weg zurück zu den Stadtwerken? Das ist kein Reizwort, beileibe nicht. Aber wenn ich die großen Energie-Versorger in Deutschland als Atomproduzierer apostrophiere, sie mit Sondersteuern belege, ihnen einen Teil ihres Eigentums wegnehme und dann erwarte, dass sie freudig in die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland investieren, was wir ohne sie nicht tun können, weil wir das Volumen sonst nicht stemmen: Dann ist das ein großer politischer Fehler. Wir müssen hier einen Konsens wiederfinden, der nicht nur über der Frage der Energie-Erzeugung steht. Wir müssen zugeben, dass es nicht nur mit den erneuerbaren Energien geht, sondern dass wir wenigstens für eine vorübergehende Zeit auch ganz andere Energien, Gas, Kohle, brauchen. Deshalb müssen wir auch sagen können, dass wir einen Konsens brauchen für Deutschland, ohne an den Pranger gestellt zu werden.

Es ist doch sinnlos, über Kernkraft nur in Deutschland zu reden und völlig außen vor zu lassen, was in unseren Nachbarländern passiert. Frankreich ist doch mit Recht sauer, dass es überhaupt nicht einbezogen wird. Wir setzen doch voraus, dass Frankreich uns Energie verkauft und dass das dann ein tolles Geschäft ist. Das kann für Frankreich aber auch eine riesige Belastung sein. Und wenn ich zu Hause in Essen an meinem Tisch sitze, dann liegt das nächste Kernkraftwerk in Belgien und nicht in Deutschland. Diese Diskussionen müssen wir europäisch führen, und wir müssen auch die Chancen in Europa ausloten. Wir müssen sehen, dass wir nicht nur Übertragungsleitungen bauen innerhalb Deutschlands, sondern dass wir nach wie vor die Chance technisch nicht haben, Strom zu übertragen von Spanien nach Deutschland oder von Deutschland in andere Länder. Wir sind stolz, sehr viel Energie aus Wasserkraft aus Österreich zu kaufen. Der Strom, der gebraucht wird, um das Wasser in die oberen Becken zu pumpen, wird aus Tschechien importiert – aus Kernkraftwerken. Was grüner Strom ist, muss man dann auch mit ein bisschen Ehrlichkeit beantworten. Desertec ist ein Projekt, das für uns alle vernünftig sein kann, weil wir dort alternative und erneuerbare Energie produzieren, wo die Verhältnisse optimal sind. Griechenland ist auch ein potenzieller Partner.

Meine Damen und Herren, mein Vortrag heißt: „Investieren in Deutschland“. Die Investitionen in Deutschland sind mittlerweile so niedrig, dass die Investitionsquote praktisch bei null liegt und wir von unserer Substanz zehren. Das können wir uns nicht leisten. Wir müssen uns gemeinsam dafür einsetzen, dass wir nicht nur gedanklich, strukturell, politisch in unser Land investieren, sondern dass wir das auch wirklich mit Eifer, Anstrengung und mit Finanzmitteln tun.

Es wird die Diskussion nicht daran vorbeiführen, wie wir das, was an privatem Kapital zur Anlage bereitliegt, auch nutzbar machen können. Wir müssen die Bremsen lösen. Wenn alleine für Breitbandkommunikation 50 Milliarden Euro Investitionsmittel zur Verfügung liegen, diese nur an der Regulierung scheitern, wenn wir heute in Deutschland eine Situation haben, in der kein großes Projekt wirklich störungsfrei reali-

siert werden kann, dann müssen wir darüber intensiv nachdenken, warum das so ist. Dann ist Stuttgart 21 eben keine Lokalposse, sondern etwas, das uns alle herausfordert, uns zu fragen, ob die Bedingungen in Deutschland so sind, dass wir an Infrastruktur und großen Aufgaben stemmen können, was vor uns liegt. Es geht darum, dass wir die Bürger besser beteiligen – nicht unbedingt mehr, aber besser – und dass wir die Planungsverfahren beschleunigen. Wer sich dafür interessiert, kann gern bei uns auf der Homepage [Anm. Redaktion: www.investitionsagenda.de] sehen, wie die Investitionsabläufe in Deutschland in der Gesamtheit bei uns aussehen.

Wir werden auch in Zukunft als BDI immer wieder die Stimme der Vernunft sein. Wir sind Interessenvertreter, das müssen wir zugeben, aber wir tun das mit Vernunft. Und zu dieser Vernunft gehört auch, unseren Bürgern immer wieder klarzumachen, dass es ohne eine persönliche Beteiligung – ich will nicht sagen: ohne Opfer –, aber ohne eine aktive Betroffenheit nicht geht. Wir werden in naher Zukunft Aufgaben und Anforderungen auf uns zukommen sehen, die nicht vergleichbar sind mit denen in Griechenland, die aber deutlich über das hinausgehen, was heute von uns gefordert wird.

Es gibt trotzdem keinen Grund zum Pessimismus. Denn diese Krisen haben gezeigt, dass Deutschland besser aufgestellt ist als alle Nachbarn in Europa. Wer im Ausland unterwegs ist, weiß, dass wir im Ausland nach wie vor in hohem Maße beneidet werden. Ich möchte trotzdem noch mal sagen: Es gibt keinen Grund zu Pessimismus. Und ich möchte mit einem Wort schließen, das auch zur Nachdenklichkeit anregt: Ich glaube, die Proteste zu Stuttgart 21 zeigen, dass eine junge Generation zu verstehen beginnt, dass ihre Zukunft nicht ganz ohne Fragezeichen dasteht.

Diese junge Generation fragt sich, was die Rechnung sein wird, die sie eines Tages bezahlen muss. Und wie sie sich auf die nächsten 30, 40 Jahre vorbereitet, in einer Zeit, in der es unwahrscheinlich ist, dass sich die gesetzlichen Sozialsysteme verbessern; in einer Zeit, in der es – zumindest aus heutiger Sicht – praktisch unmöglich ist, vernünftig Kapital zu bilden. Bei 1% Zinssatz ist das kaum möglich.

Es ist unser aller Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir Erben-Generation nicht eines Tages völlig anders buchstabieren. Es ist unsere Aufgabe, die Probleme, die wir geschaffen haben, nicht zu hinterlassen, sondern zu lösen. Und damit, so meine ich, sollten wir uns alle unserer Aufgaben bewusst sein und diese mit viel Zuversicht angehen. ■